

Letztes Wort – Klappe, die Dritte

[zu RichterIn] Wie Sie sicher gemerkt haben, liegt mir nicht so viel an dem, was Sie mir zu sagen haben. Und ich habe Ihnen auch nichts mehr zu sagen.

[zu Publikum] Deshalb richte ich diese letzten Worte an das Publikum und insbesondere an die Presse:

Es kommt für mich nicht überraschend, dass auch dieses Gericht, wie so viele vor ihm, nicht anerkennt, dass die rasante Veränderung des Weltklimas enorme Auswirkungen auf uns alle hat. Vielleicht ist es ihm auch einfach egal. Ich weiß nicht, was schlimmer ist. Jede Entscheidung, wie wir leben und wie wir handeln, hat Einfluss darauf, wie schlimm diese Katastrophe wird. Die Entscheidung, alles zu tun, was möglich ist, um CO₂-Emissionen zu verhindern, und das nicht nur im Privaten – denn da können wir nur wenig bewirken – ist keine egoistische. Im Gegenteil: Menschen, die sich aktiv dafür einsetzen, dass unser Planet in 100 Jahren noch bewohnbar ist, handeln im Interesse aller. Es gibt so viele Menschen, die sich so vehement gegen Klimaschutz wehren, dass sich mir der Eindruck aufdrängt, dass sie in einer Welt leben wollen, in der Hitzewellen, Dürreperioden, Überschwemmungen und Stürme zu großen unbewohnbaren Zonen, Nahrungsmittelknappheiten und somit zu großen Migrationsbewegungen und Kriegen führen. Warum setze ich mich auch für die Zukunft dieser Menschen und ihrer Nachkommen ein? Weil ich es anders nicht mit meinem Gewissen vereinbaren könnte. Weil ich nicht dafür verantwortlich sein will, dass Menschen ihr Zuhause, ihre Lebensgrundlage, ihr Leben verlieren. Weil ich nicht in einer solchen Welt leben möchte.

Ich sagte ja bereits: Dass das Gericht die Notwendigkeit nicht sieht, die Verbrennung fossiler Energieträger mit sofortiger Wirkung zu stoppen, überrascht mich nicht. Und in Anbetracht dieser Tatsache kann ich es auch nicht ernst nehmen. Ein Gericht, das Beweisanträge zum rechtfertigenden Notstand ablehnt mit der Begründung „eine Demo hätte es auch getan“ oder „hättest ja mal klagen können“, ist verblendet:

1. Die Aktion, über die wir hier verhandelt haben, war Teil einer Demo. Als solche sollte sie durch Art. 8 des Grundgesetzes geschützt gewesen sein. Das Gericht erkennt das nicht an und behauptet, das sei ohne Bedeutung.
2. Ich habe großen Respekt vor der Aufmerksamkeit und der Mobilisierung von Menschen, die Fridays For Future generieren konnte. Und natürlich bin auch ich regelmäßig bei den Klimastreiks dabei. Aber was haben diese Demos bisher an effektivem Klimaschutz erreicht?
3. Fridays For Future hat auch die sogenannte „Klimaklage“ eingereicht und gewonnen. Auch davor habe ich großen Respekt. Doch, was hat diese Klage gebracht? Klimaschutz hat jetzt

Verfassungsrang und wird immer noch nicht umgesetzt! Na, danke! Es hilft also alles nix, wir müssen den Klimaschutz selbst in die Hand nehmen.

4. Auch gegen die RWE Power AG wurde schon mehrfach Strafanzeige gestellt und Klage gegen ihre Vorhaben eingereicht. Auch hier gab es keine Resultate.

Ich könnte noch weitere ähnliche Punkte nennen, aber auch ich will, dass wir hier heute mal fertig werden, und ich habe noch andere Themen.

Das Grundrechtekomitee hat Mitte März seinen Abschlussbericht zur Demonstrationsbeobachtung bei der Räumung in Lützerath veröffentlicht und der Titel sagt schon fast alles: „Entscheidung für Gewalt“. Die Politik hat schon im Vorhinein alle Protestierenden in Lützerath als „gewaltbereit“ diffamiert und damit von Anfang an jede Polizeigewalt rhetorisch legitimiert. Dabei ging die Gewalt in vielen Fällen nicht zuerst von den Protestierenden aus, sondern von der Polizei. Insgesamt war das Recht zu demonstrieren und auch die Pressefreiheit während der Räumung in Lützerath extrem eingeschränkt. Und trotzdem wird vor allem den Demonstrierenden vorgeworfen, sie hätten sich undemokratisch und gewaltvoll verhalten.

Alle Entscheidungen und Maßnahmen, die staatliche Institutionen rund um Lützerath getroffen haben, schützen Großkonzerne und Kapital und blenden aus, was damit angerichtet wird. Wie wir bei der Zeug*innenvernehmung gehört haben, sind die Kosten, die die Braunkohleverstromung beispielsweise durch Umweltverschmutzung oder Gesundheitsschädigung erzeugt, nicht im Strompreis enthalten. Ich weiß, jetzt kommt wieder das Argument, dass es dafür ja den CO2-Preis gibt. Aber auch der ist dahingehend keine sinnvolle Maßnahme. Die Gelder, die mit dem Verkauf von CO2-Zertifikaten eingenommen werden, werden nicht zur Kompensation von den Emissionen genutzt, für die sie verkauft werden. Sie werden auch nicht angelegt, um Schäden aus klimawandelbedingten Extremwetterereignissen zu mildern. Sondern für die Errichtung von Infrastruktur, die in Zukunft die Treibhausgasemissionen etwas senken kann. Sowas wie E-Autos. Dass eine reine Antriebswende nicht die Lösung unserer Verkehrsprobleme ist, wird dabei weiter ignoriert.

Der Zertifikatehandel hinkt weiterhin: Einerseits sind nicht alle Industrie- und Lebensbereiche im Zertifikatehandel eingeschlossen. Dadurch tauchen viele Emissionen gar nicht darin auf. Andererseits werden viele Zertifikate kostenlos an die größten Emittenten verteilt. Das läuft doch der Logik zuwider!

Zuletzt möchte ich noch ein paar Sätze dazu sagen, warum ich heute nicht alleine, sondern angekettet an eine andere Person vor Gericht erschienen bin: Aus der Presse durfte ich erfahren,

dass das Gericht angeordnet hat, mich zum heutigen Termin vorführen zu lassen. Die Begründung lautete, die Richterin müsse mir rechtliches Gehör zu den abgelehnten Beweisanträgen gewähren. Schon kurios, dass ihr das jetzt so wichtig ist, dass sie diesen Aufwand betreibt und mir die Polizei nach Hause schickt, wo ihr das am ersten Verhandlungstag noch so egal war. Diese Maßnahme der Vorführung ist eine Einschüchterungsmaßnahme. Ich kann mir kaum eine Person vorstellen, die sich darüber freuen würde, von der Polizei zuhause abgeholt und vor Gericht gebracht zu werden. Es soll einschüchtern und gefügig machen. Und vielleicht hat es ein bisschen sein Ziel erreicht, immerhin bin ich heute hier. Denn auch die Folgemaßnahme, der Haftbefehl mit Hauptverhandlungshaft, soll einschüchtern. Diese Drohungen und Maßnahmen sollen uns isolieren und uns Gehorsam lehren. Bestrafung und insbesondere Vereinzelung und Wegsperren von Leuten, die nicht ins System passen, machen sie aber nicht passender und lösen keine Probleme. Und ich habe gar keine Lust, mich davon einschüchtern zu lassen. Deshalb habe ich heute ein Freundi mitgebracht und wir haben uns symbolisch aneinander gekettet, um zu zeigen, dass wir uns nicht vereinzeln lassen und solidarisch zueinander stehen. Und an dieser Stelle möchte ich mich bei all den Menschen bedanken, die mich und diesen Prozess über die letzten zweieinhalb Monate begleitet haben und mir bei diversen Dingen zur Seite standen. Ihr wart mir eine große Stütze!